

Hurrelmann, Klaus; Quenzel, Gudrun: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim und Basel 2013

Mecheril, Paul: Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In: Mecheril, Paul u.a. (Hrsg.): Migrationspädagogik. Weinheim und Basel 2010

Mediendienst Integration: Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 18. Deutschen Bundestag. Recherche vom 27.9.2013 mit Aktualisierungen vom 15.10.2013, S. 2 f.

Nanz, Patrizia; Fritsche, Miriam: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn 2012

Scharathow, Wiebke: Risiken des Widerstands. Jugendliche und ihre Rassismuserfahrungen. Bielefeld 2014

Schirilla, Nausikaa: Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit. Stuttgart 2016

Schramkowski, Barbara: Integration unter Vorbehalt. Perspektiven junger Erwachsener mit Migrationshintergrund. Frankfurt am Main 2007

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main 2015

Sinanoglu, Cihan; Volkert, Daniel: Politische Partizipation und die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in den Räten deutscher Großstädte: Vielfalt oder Einfalt? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Politische Partizipation & Repräsentation in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin 2011

Statistisches Bundesamt: Migrationshintergrund. Glossar. In: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Glossar_MigrationIntegration.html; abgerufen am 14.7.2017

Staub-Bernasconi, Silvia: Soziale Arbeit und soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit: Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden 2012

van der Donk, Cyrilla u.a.: Praxisforschung im Sozial- und Gesundheitswesen. Bern 2014

Yildiz, Miriam: Hybride Alltagswelten. Lebensstrategien und Diskriminierungserfahrungen Jugendlicher der 2. und 3. Generation aus Migrationsfamilien. Bielefeld 2016

Zick, Andreas; Klein, Anna: Fragile Mitte – feindselige Zustände: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn 2014

ALLGEMEINES

Anstieg der Mehrfachbeschäftigung. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Anzahl der Mehrfachbeschäftigten innerhalb von zehn Jahren um rund eine Mio. auf 3,2 Mio. erhöht. Zirka 2,7 Mio. Personen (Stand vom März 2017) gehen gleichzeitig einer sozialversicherungspflichtigen und einer geringfügigen Tätigkeit nach. Über 260 000 Menschen arbeiteten ausschließlich im geringfügigen Bereich. Mit etwa 10 % sei der Anteil der Mehrfachjobber in Baden-Württemberg und Bayern besonders hoch. Beobachten könne man auch, dass jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland in einem atypischen Arbeitsverhältnis stehe, womit befristete oder Teilzeijobs, geringfügige Beschäftigungen und Zeitarbeit gemeint sind. Um den in der Erwerbsphase liegenden Ursachen der Altersarmut entgegenzuwirken, empfiehlt der Sozialverband VdK eine Anhebung des Mindestlohns auf mindestens zwölf Euro und eine Eindämmung der prekären Beschäftigungsverhältnisse. *Quelle: VdK Zeitung November 2017*

StiftungsReport. Entwicklungszusammenarbeit: Wie Stiftungen weltweit wirken. Hrsg. Bundesverband Deutscher Stiftungen. Selbstverlag. Berlin 2017, 134 S., kostenlos *DZI-E-1849*

Als zivilgesellschaftliche Akteure leisten deutsche Stiftungen einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit in aller Welt. Bezug nehmend auf die von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung als Referenzrahmen für entsprechende Aktivitäten widmet sich dieser aktuelle Stiftungsreport dem internationalen Engagement dieser Einrichtungen. Zu Beginn werden dahingehende Zahlen, Daten und Fakten vorgestellt, wobei unter anderem auch die soziodemografischen Merkmale der Stiftenden und deren Motive Beachtung finden. Im Weiteren folgen Hinweise zu den Methoden, die Stiftungen bei ihren Auslandstätigkeiten einsetzen, zu den Kooperationen mit Staat und Wirtschaft, zur Wirkungsmessung und zur Evaluation. Zudem enthält der Bericht zahlreiche Good-Practice-Beispiele, vier Interviews sowie Tipps zu den Qualitätsstandards der Inlandsarbeit und des Globalen Lernens. Ein Verzeichnis von Internetadressen der erwähnten Stiftungen erleichtert eigene Recherchen im Web.

Forschungsprojekt zu Schwerbehindertenvertretungen. In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt untersucht die Universität Köln in Kooperation mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie das Tätigkeitsspektrum der Schwerbehindertenvertretungen (SBV). Ermittelt werden soll, mit wem die SBV innerhalb und außerhalb des Betriebs zusammenarbeiten, um zur Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit schwerbehinderter Menschen beizutragen. Im ersten Schritt wird seit September dieses Jahres eine Online-Befragung durchgeführt, an der die

SBV noch bis zum 10.12. teilnehmen können. Danach sollen Gespräche mit den Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen stattfinden. Im Folgenden werden die Ergebnisse in einer Zukunftswerkstatt vorgestellt und diskutiert. Ziel ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Vorstellung der Umsetzung gelingender Allianzen. Zu der aktuellen Umfrage geht es unter www.sbv-umfrage.de.
Quelle: ZB Behinderung & Beruf 3.2017

Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Als deutschen Beitrag zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2015-2019) haben die Mitglieder der ebenso benannten Nationalen Plattform beim Bundesministerium für Bildung und Forschung am 20. Juni dieses Jahres einen Nationalen Aktionsplan verabschiedet, mit dem sich das Bundeskabinett am 20. September befasste. Die an den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Zielen für nachhaltige Entwicklung orientierte Handreichung enthält konkrete Empfehlungen für die Bereiche frühkindliche Bildung, Schule, berufliche Bildung, Hochschule und informelles Lernen. Von besonderer Relevanz für die Städte ist der zusätzliche Bildungsbereich „Kommunen“ mit konstruktiven Anregungen für Maßnahmen vor Ort. Wer sich für die Anregungen interessiert, kann das Dokument im Internet unter www.bmbf.de/de/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung-535.html einsehen. Quelle: *Städtetag Aktuell* 9.2017

SOZIALES

Hinzuverdienstgrenze bei Altersfrührente. Seit dem 1. Juli dieses Jahres gilt für Rentnerinnen und Rentner, welche die Altersgrenze noch nicht erreicht haben, eine neue bundeseinheitliche Hinzuverdienstgrenze. Damit wird die bislang auf die einzelnen Kalendermonate ausgelegte Obergrenze von 450 Euro durch eine jährliche Hinzuverdienstgrenze von 6 300 Euro abgelöst. Wird diese überschritten, so wird der kalendermonatliche Hinzuverdienst zu 40 % auf die Rente angerechnet, das heißt die Rente wird um den entsprechenden Betrag gekürzt. Für den Fall, dass die Summe aus der gekürzten Rente und dem Hinzuverdienst über dem bisherigen Einkommen beziehungsweise dem besten Einkommen der letzten 15 Kalenderjahre liegt, wird der darüber liegende Hinzuverdienst zu 100 % auf die verbliebene Teilrente angerechnet. Quelle: *tag* 3.2017

Schuldner- und Insolvenzberatung in Rheinland-Pfalz. Mit dem Ziel, die Arbeit der landesweit 63 Schuldnerberatungsstellen zu unterstützen, fand in Mainz am 24. Oktober dieses Jahres die 20. Fachtagung der Schuldner- und Insolvenzberatung Rheinland-Pfalz statt, auf der Fragen zur Bedeutung der Krisenintervention und zum Nutzen der Schuldnerberatung diskutiert wurden. Auf dem Programm standen insbesondere Themen wie die Inanspruchnahme eines Pfändungsschutzkontos und

die Sicherung des Wohnraums. Außerdem ging es um die Zukunftsperspektiven der regionalen Beratungsstellen. Deren Arbeit werde dieses Jahr durch die Landesregierung mit Zuwendungen in Höhe von 1,9 Mio. Euro unterstützt. Das Schuldnerfachberatungszentrum an der Universität Mainz erhalte Landesmittel im Umfang von 212 000 Euro. Im Jahr 2016 nahmen insgesamt 21 973 Ratsuchende Angebote der rheinland-pfälzischen Schuldnerberatungsstellen in Anspruch. Quelle: *Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 24.10.2017*

Mikrokredite für Geflüchtete. Um einen Beitrag zur erfolgreichen Integration geflüchteter Menschen zu leisten, gewährt die Investitionsbank Berlin ab sofort Kredite in Höhe von bis zu maximal 25 000 Euro. Die Darlehenslaufzeit sollte mit der Dauer der Aufenthaltserlaubnis übereinstimmen, jedoch sind im Rahmen von Bürgschaftsvarianten auch längerfristige Laufzeiten möglich. Die Kredite sind dafür bestimmt, die zugewanderten Menschen zu befähigen, sich eine selbstständige Existenz aufzubauen und diese langfristig zu sichern. Quelle: *Pressemitteilung des Landes Berlin vom 12.10.2017*

Hilfenetz in Frankfurt. Im Juni dieses Jahres wurde in Frankfurt am Main das elfte ökumenische Hilfenetz ins Leben gerufen, um alten, kranken und behinderten Menschen langfristig ein selbstständiges Wohnen im eigenen Zuhause zu ermöglichen und zugleich für die Helferinnen und Helfer einen niedrigschwelligen Zugang zu einer wohnortnahen Beschäftigung zu schaffen. Der Wirkungskreis des im September offiziell eröffneten Netzwerks erstreckt sich auf die sieben Stadtteile Dornbusch, Ginnheim, Eschersheim, Eckenheim, Frankfurter Berg, Preungesheim und Berkersheim. Wer Unterstützung im Haushalt oder im Alltag sucht oder selbst anbieten möchte, kann sich montags von 9 bis 11 Uhr und donnerstags von 15 bis 17 Uhr telefonisch unter der Rufnummer 069/29 82-63 81 oder per E-Mail unter hilfenetz-nord-ost@caritas-frankfurt.de an das Hilfenetz wenden. Quelle: *Senioren Zeitschrift* 4.2017

GESUNDHEIT

Diabeteserkrankungen gestiegen. Wie das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung anhand ärztlicher Abrechnungsdaten ermittelte, hat sich die Anzahl der gesetzlich versicherten Diabetes-mellitus-Typ 2-Patientinnen und -Patienten von 6,1 Mio. im Jahr 2009 auf knapp 7 Mio. im Jahr 2015 erhöht, was einem Anstieg von 14 % entspricht. Die privat Versicherten wurden in die Auswertung nicht miteinbezogen. Auffällig sei, dass sich das Diabetesrisiko ab einem Alter von 40 Jahren deutlich erhöhe, wobei Männer häufiger betroffen seien als Frauen. Laut der Erhebung litten im Jahr 2015 fast 22 % der 60- bis 65-jährigen Männer und fast 15 % der gleichaltrigen Frauen an Diabetes. In der Altersgruppe

der 80- bis 85-Jährigen stieg der Prozentsatz im Zeitraum 2009 bis 2015 von 30 auf 35 bei den Männern und von 28 auf 32 bei den Frauen. Ab einem Alter von 85 Jahren lasse sich ein Rückgang der Diabeteserkrankungen beobachten. Der komplette Bericht ist im Internet unter www.zi.de/cms/presse/grafikdesmonats zu finden. *Quelle: Berliner Ärzteblatt 9-10.2017*

Online-Ratgeber zu Demenz bei Jüngeren. Nach Kenntnisstand der europäischen Initiative RHAPSODY (Research to Assess Policies and Strategies for Dementia in the Young) leben in Deutschland etwa 24 000 demenz-erkrankte Menschen, die jünger als 65 Jahre sind. Um deren Angehörige zu unterstützen, stellt die Deutsche Alzheimer Gesellschaft (DAZG) auf ihren Internetseiten unter der Anschrift www.ratgeber-junge-demenz.de einen kostenlosen multimedialen Ratgeber bereit. Dieser informiert zu medizinischen Aspekten, zum Umgang mit den Betroffenen, zu rechtlichen Fragen sowie zu Angeboten der Unterstützung und deren Finanzierung. Darüber hinaus zeigt das Portal Möglichkeiten der Stressbewältigung und Entspannung auf. *Quelle: Pressemitteilung der DAZG vom 19.10.2017*

Gesundheit vulnerabler Bevölkerungsgruppen. Mit der Intention, spezifische gesundheitliche Bedarfe aufzudecken, hat die EU-Kommission das zweijährige Pilotprojekt „VulnerABLE: Improving the health of those in isolated and vulnerable situations“ ins Leben gerufen, in dessen Rahmen geeignete Ansätze der Unterstützung dokumentiert werden sollen. Bei den als „vulnerabel“ angesehenen Gruppen handelt es sich unter anderem um benachteiligte Kinder und Familien, um die ländliche Bevölkerung, um wohnungslose, behinderte und langzeitarbeitslose Menschen und um die ältere Generation. Unter anderem sollen Experteninterviews stattfinden und Workshops für Mitarbeitende von Behörden durchgeführt werden, die im Bereich der Gesundheitsversorgung tätig sind. Laut einer Umfrage in zwölf EU-Mitgliedsstaaten erschweren vor allem die hohen Kosten medizinischer Dienste den Zugang zu einer angemessenen gesundheitlichen Fürsorge. In Großbritannien entstand die Initiative IRIS (Identification and Referral to Improve Safety), um Fachkräften dabei zu helfen, die familiäre und partnerschaftliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen einzudämmen. *Quelle: Health-EU-Newsletter vom 26.10.2017*

Pflege-TÜV. Die Erarbeitung eines neuen Bewertungssystems für die Pflege dauert länger als geplant und wird nach Einschätzung des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen erst im Jahr 2019 abgeschlossen sein. Für ein neues Beurteilungsinstrument für die ambulante Pflege sei mit einer Wartezeit bis zum Jahr 2020 zu rechnen. Da die seit längerem in der Kritik stehenden Pflegenoten nicht geeignet seien, Missstände aufzudecken, wird geplant, diese durch Qualitätskontrollen des Medizinischen Dienstes und Ergebnisindikatoren

wie beispielsweise zur Protokollierung des Körpergewichts der pflegebedürftigen Menschen zu ersetzen. Außerdem sollen die Pflegeheime künftig konkrete Angaben darüber machen, welche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sie bieten und ob Haustiere erlaubt sind. Zuständig für die Konzipierung des neuen Begutachtungsverfahrens ohne Noten ist ein Gremium mit Vertretenden der Pflegekassen und der Pflegeeinrichtungen. *Quelle: markt & partner Newsletter vom 24.10.2017*

JUGEND UND FAMILIE

Düsseldorfer Tabelle zum Unterhalt. Wie das Oberlandesgericht Düsseldorf am 6. November diesen Jahres mitteilte, wird die Düsseldorfer Tabelle zum 1. Januar 2018 geändert. Der Richtwert für den Mindestunterhalt für Trennungs- und Scheidungskinder liegt danach bei 348 Euro statt bisher 342 Euro bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres, bei 399 Euro statt bisher 393 Euro bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres und vom 13. Lebensjahr bis zur Volljährigkeit bei 467 Euro statt bisher 460 Euro. Für volljährige Kinder, die noch im Haushalt eines Elternteils leben, bleibt der Unterhalt unverändert bei 527 Euro. Erstmals seit dem Jahr 2008 erhöhten sich auch die Einkommensgrenzen. So beginnt die Tabelle ab Januar 2018 mit einem bereinigten Nettoeinkommen bis 1900 Euro statt wie bisher 1500 Euro und endet mit 5 500 Euro statt wie bisher 5 100 Euro. Der zu berücksichtigende Eigenbedarf beträgt weiterhin 1080 Euro für erwerbstätige und 880 Euro für nicht erwerbstätige Menschen. Auf den Bedarf des Kindes ist das Kindergeld anzurechnen, und zwar bei minderjährigen Kindern in der Regel zur Hälfte und bei volljährigen Kindern in vollem Umfang. *Quelle: Nachricht des Interessenverbands Unterhalt und Familienrecht vom 6.11.2017*

Materialien zu Frühen Hilfen. Um Kommunen und Landkreise bei der Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit zu unterstützen, stellt das Nationale Zentrum für Frühe Hilfen kostenlos Materialien wie Plakate, Aufsteller mit Info-Karten und Anzeigenmotive bereit, mit denen sie werdende Eltern und junge Familien mit Kindern bis zu drei Jahren über Angebote wie beispielsweise das Elterntelefon der „Nummer gegen Kummer“ und die unter der Anschrift www.bke-elternberatung.de erreichbare Onlineberatung für Eltern informieren können. Auf Wunsch vermitteln diese kostenlosen und anonymen Anlaufstellen Zugang zu wohnortnahen Unterstützungsmöglichkeiten. Bestellungen der Materialien werden unter der E-Mail-Adresse info@nummergegenkummer.de und telefonisch unter 02 02/25 90 59-0 entgegengenommen. *Quelle: Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vom 24.10.2017*

Familien mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt. Ausgehend von den Ergebnissen der im Juni 2017 erschienenen Publikation „Gelebte Vielfalt:

Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland“ fand am 20. Juni 2017 ein Zukunftsgespräch im Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) zu den Perspektiven von Einwandererfamilien auf dem Arbeitsmarkt statt. Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft diskutierten gemeinsam mit Vertretenden aus der Bundesverwaltung die Frage, wie Eltern mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer beruflichen Situation besser unterstützt werden können. Einige zur Arbeitsmarktintegration vorliegende empirische Daten werden in dem im Oktober dieses Jahres erschienenen „Monitor Familienforschung Nr. 39“ dargestellt und durch die Befunde der Broschüre „Gelebte Vielfalt“ und die in der genannten Expertenrunde entwickelten Handlungsempfehlungen ergänzt. Bezug genommen wird insbesondere auf mögliche Traumatisierungen bei geflüchteten Familien sowie auf die Arbeitsteilung, die Kinderbetreuung und die Kommunikation mit der Zielgruppe zu vorliegenden Hilfeangeboten. Der Monitor Familienforschung Nr. 39 mit dem Titel „Perspektiven für Familien mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt“ ist im Internet unter der Anschrift www.bmfsfj.de/newsletter/bmfsfj/119828 abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ vom 4.10.2017*

Konfliktlösung bei Jugendlichen. Für pädagogische Fachkräfte bietet die Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg der Aktion Jugendschutz ein Seminar zur Konfliktlösung und Gewaltvermeidung bei Jugendlichen an, das am 23. und 24. Januar 2018 in Pforzheim-Hohenwart stattfindet. Vermittelt werden präventive und intervenierende Methoden zur Förderung der Konfliktbewältigungskompetenz junger Menschen. Dabei geht es im Einzelnen um die Verwobenheit von online und offline ausgetragenen Auseinandersetzungen, um die Bedeutung der Gruppe, um die Dynamik der Eskalation und um das Phänomen der Opferbeschuldigung. Weitere Hinweise und ein Anmeldeformular finden sich auf der Internetseite www.ajs-bw.de (Konflikte lösen – Gewalt vermeiden). *Quelle: Mitteilung der Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg vom 23.10.2017*

AUSBILDUNG UND BERUF

Überwachung dienstlicher Computer. Laut einem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 27. Juli dieses Jahres dürfen die Tastatureingaben von Angestellten an dienstlichen Computern nicht mit einem Software-Keylogger überwacht werden, wenn nicht ein durch Tatsachen begründeter Verdacht auf eine Straftat oder eine andere schwerwiegende Pflichtverletzung besteht. In dem betreffenden Fall hatte die Arbeitgeberin ihr Team offiziell informiert, dass sämtliche Internetnutzungen mitgeloggt würden, weil sie verhindern wollte, bei Vorfällen wie beispielsweise einem Download illegaler Filme als Betreiberin haftbar gemacht zu werden. Nach Auswertung der mit dem Keylogger erstellten Dateien fand ein Gespräch mit dem Kläger statt, der zugab, seinen

12.-13.1.2018 Berlin. Tagung im Rahmen des ASH-Projekts „Konzept zur nachhaltigen Förderung der Berufswege und der wissenschaftlichen Qualifizierung von Frauen an der Hochschule“ (BwQF): Promotionsstrukturen auf dem Prüfstand. Information: Alice Salomon Hochschule Berlin, Prof. Dr. Bettina Völter, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin Tel.: 030/99 24 54 07, E-Mail: voelter@ash-berlin.eu

15.-19.1.2018 Freiburg. Seminar: Moderation von Konferenzen, Teams und Projektgruppen. Information: Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/20 01 70 0, E-Mail: akademie@caritas.de

18.1.2018 Luzern/Schweiz. Fachtagung zum Thema Radikalisierung: Normal – radikal? Brücken, damit Übergänge nicht zu Brüchen werden. Information: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Frau Tanja Birrer, Inseliquai 12B, 6002 Luzern/Schweiz, Tel.: 00 41/41 367 48 12, E-Mail: tanja.birrer@hslu.ch

19.1.2018 Heidelberg. 1. Heidelberger Forum Gesundheitsversorgung: Gesundheitspolitische Perspektiven nach der Bundestagswahl. Information: medhochzwei Verlag GmbH, Alte Eppelheimer Straße 42/1, 69115 Heidelberg, Tel.: 06 221/91 49 60, E-Mail: info@medhochzwei-verlag.de

23.-24.1.2018 Pforzheim. Fortbildung für pädagogische Fachkräfte: Konflikte lösen – Gewalt vermeiden. Information: Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg, Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart, Tel.: 07 11/23 73 70, E-Mail: info@ajs-bw.de

1.2.2018 Luzern/Schweiz. Fachtagung: Agogik und Gewalt – Herausfordernden Verhaltensweisen von Menschen mit Beeinträchtigungen verstehend begegnen. Information: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Frau Tanja Birrer, Inseliquai 12B, 6002 Luzern/Schweiz, Tel.: 00 41/413 67 48 12, E-Mail: tanja.birrer@hslu.ch

1.-2.2.2018 Berlin. Transferkonferenz: „Praxis trifft Forschung, Forschung trifft Praxis: was wir voneinander wissen (wollen)“. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40 04 02 13, E-Mail: ag@agj.de

8.2.2018 München. Seminar: Bundesteilhabegesetz Update 2018: Die Neuerungen der zweiten Reformstufe. Information: Walhalla Fachverlag, Haus an der Eisernen Brücke, 93042 Regensburg, Tel.: 09 41/56 84-111, E-Mail: seminare@walhalla.de

22.-23.2.2018 Berlin. Tagung: Gender_Wissen in Forschungsfeldern der Sozialen Arbeit. Information: Alice Salomon Hochschule Berlin – Sektion Forschung der DGSA, Anna Kasten, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/9 92 45-0, E-Mail: kasten@ash-berlin.eu

Dienst-PC gelegentlich für private Zwecke genutzt zu haben und daraufhin eine Kündigung erhielt. Die Vorinstanzen hatten der Klage des Arbeitnehmers stattgegeben und auch die Revision der Klägerin beim Bundesarbeitsgericht wurde zu dessen Gunsten entschieden. Zum einen handele es sich bei dem Mitschneiden der Tastatureingaben um eine unverhältnismäßige Maßnahme. Zum anderen könne die Privatnutzung des Computers mangels einer vorherigen Abmahnung nicht als Kündigungsgrund herangezogen werden. *Quelle: DAZ 3.2017*

Interkulturelle Trainings. In Kooperation mit der Alice Salomon Hochschule Berlin bietet die Bildungsinitiative Pro Dialog Köln im nächsten Jahr den zehn Module umfassenden Zertifikatskurs „Diversitätsbewusste_r Trainer_in im interkulturellen Kontext“ an, der Teilnehmende in die Lage versetzen soll, den Herausforderungen der ethnischen Vielfalt erfolgreich zu begegnen. Die Seminare finden in der Regel freitags und samstags, zweimal auch sonntags im Zeitraum vom 12.1.2018 bis zum 16.2.2019 im Haus der evangelischen Kirche in Bonn statt. Wer über einen Hochschulabschluss im sozialen oder pädagogischen Bereich sowie einschlägige Berufserfahrung oder eine vergleichbare Qualifikation verfügt, kann sich unter der E-Mail-Anschrift info@pro-dialog-koeln.de oder bei der Alice Salomon Hochschule bewerben. *Quelle: Mitteilung der Pro Dialog Köln vom 16.10.2017*

Fortbildungsangebote für 2017. Diese Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Alice Salomon Hochschule Berlin – Zentrum für Weiterbildung. Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/992 45-331, -353, Fax: 030/992 45-399, Internet: www.ash-berlin.eu/zfwb

AWO Bundesakademie, Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel.: 030/263 09-138, Fax: 030/263 09-211, E-Mail: akademie@awo.org

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, Fax: 030/629 80-150, E-Mail: info@deutscher-verein.de

Bundesakademie für Kirche und Diakonie gGmbH, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Tel.: 030/488 37-488, Fax: 030/488 37-300, E-Mail: info@ba-kd.de

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-268, E-Mail: fortbildung@difu.de

Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: michaela.menth@eahonline.de

Evangelische Akademie Tutzing, Schloss-Straße 2+4, 82327 Tutzing, Tel.: 081 58/251-146, Fax: 081 58/99 64 43, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de

Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Institut für Fort- und Weiterbildung ifw, Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 071 41/97 45-282, Fax: 071 41/97 45-482, E-Mail: ifw@eh-ludwigsburg.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-15, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de

Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung Berlin gGmbH, Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 39 52 70, Fax: 030/28 39 52 22, E-Mail: baerthel@ezi-berlin.de

Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V., Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-17 00, Fax: 07 61/200-17 99, E-Mail: akademie@caritas.de

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Tel.: 030/50 10 10 39, E-Mail: weiterbildung@khsb-berlin.de

Katholische Stiftungsfachhochschule München, Institut für Fort- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Preysingstraße 83, 81667 München, Tel.: 089/480 92-12 79, Fax: 089/480 92-19 02, E-Mail: if-fortbildung@ksfh.de

Lebenshilfe Landesverband Bayern, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 091 31/754 61-0, Fax: 091 31/754 61-90, E-Mail: fortbildung@lebenshilfe-bayern.de

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-272, -219, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: fobi@pb-paritaet.de

Stephansstift Zentrum für Erwachsenenbildung, Kirchröder Straße 44, 30625 Hannover, Tel.: 05 11/53 53-610, E-Mail: seminare@zeb-stephansstift.de

Technische Hochschule Nürnberg, Fakultät Sozialwissenschaften, Bahnhofstraße 87, 90402 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80-25 51, Fax: 09 11/58 80-83 09, E-Mail: sw-fortbildung@th-nuernberg.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS), Bayerisches Landesjugendamt, Marsstraße 46, 80335 München, Tel.: 089/12 61-28 04, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: poststelle-blja@zbfs.bayern.de